

Arbeiterstimme

587

Zugabezeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Bezirk Ostschlesien

Verleger: Die Redaktion der Arbeiterstimme, Dresden, Postfach 1000. Druck: Die Druckerei der Arbeiterstimme, Dresden, Postfach 1000. Preis: 10 Pf. pro Nummer. Abonnement: 100 Pf. pro Jahr. Ausland: 150 Pf. pro Jahr. Einzelhefte: 10 Pf. pro Heft. Bestellungen: an die Redaktion, Dresden, Postfach 1000.

1. Jahrgang Dresden, Dienstag den 15. September 1925 Nummer 131

Der Sachsentonflikt in Heidelberg

Bethle contra Lipinski — Der Parteivorstand gegen die Linken — Zusammenschluß der Postgewerkschaften Die Namen der Sememörder bekannt — Neue Streikbewegung in China

Der zweite Tag des Heidelberger Reformistenpartei-Tages im Zeichen des Sachsentonflikts. Die Linken haben keine großen Aussichten auf günstiges Weiter in Heidelberg zu haben. Schon im Bericht des Parteivorstandes schüttelte Sellik den ganzen Hohn, den er auf hatte, auf die Linken ab. Er erklärte ihnen:

„Warum müht ihr euch auf jedem Parteitag blamieren?“

Auf dem letzten Parteitag habt ihr das doch schon durch den Ausschlußantrag gegen den Genossen Ebert getan.“

Auf dem Parteitag zeigt sich, daß die Linken kein festes Fundament haben werden. Der Vorstand deckt fast alle Wunden der Rechten. Er sucht zwar noch nach der Lösung durch Auflösung des Landtages, verlangt jedoch, daß dann auch wieder Rechte als Kandidaten aufgestellt werden.

Nach einem Rededuell zwischen Bethle und Lipinski, der sich entschuldigt und es ablehnt, als der alleinige Treiber im Sachsentonflikt angesehen zu werden, wird die gesamte Angelegenheit einer Kommission von 13 Mitgliedern übergeben, in der sich bezeichnenderweise kein lächelnder Teilnehmer befindet. Die Linken werden dort nicht seine Vertreter gewinnen, insbesondere da Weiss, der Vorsitzende der Partei, am Schluß der gestrigen Tagung die Schopenhauer nicht vorübergeben ließ, den Linken nochmals zu erklären, daß nicht die 23, sondern sie gegen die Disziplin verstoßen. Der Parteivorstand habe bei allen Ratsschlägen in die 23 nach den Beschlüssen des Berliner Parteitages verfahren. Es ist also ganz klar, daß der Parteivorstand vertritt die Rechten.

Die Linken werden nur verächtlich als nebenläufige Kuriositäten behandelt. Die Schiedskommission wird also im besten Falle mit einem faulen Kompromiß aufwarten, und die Linken — nicht die Rechten — werden zufrieden sein, wenn sie mit einem blauen Auge davonkommen. Anders kann der Ausgang der Auseinandersetzungen

ja gar nicht werden. Bethle tritt auf als der Verteidiger des republikanischen Staatsgedankens. Die Republik muß erhalten werden. Das ist das gleiche, was der Parteivorstand, aber auch die Linken betonen. Wo bleibt da die politische Plattform der Linken? Lipinski's Ausführungen waren denn auch nicht sehr stark. Wo könnten sie sich stützen.

Nach Annahme der Koalition zur Verschlechterung der Gemeindeordnung haben sie jeden Kampf um eine Veränderung unterlassen. Sie haben nicht außerparlamentarisch den Kampf aufgenommen. Ja, sie haben es abgelehnt, die feierliche Stille der Rechten, die Gewerkschaften mit anzugreifen und gemeinsam mit den Kommunisten hier eine Breche zu schlagen. Sie überließen den Rechten das Feld. Mit solch schwachen Positionen können sie dem Parteivorstand nicht imponieren. Der Sachsentonflikt wird also sicher auch so enden, wie wir vorausgesagt.

Zu den Ausführungen über den Sachsentonflikt erhielt bezeichnenderweise als erster Redner Bethle von den 23 das Wort.

Er erklärt, daß sie sich freuen, ihre Meinung sagen zu können. In Sachen werde ihnen das unmöglich gemacht. Auch die Presse stehe ihnen nicht zur Verfügung. Der Streit gehe um die Staatsbedeutung oder Staatsverteilung. Sie wollten diese Republik erhalten. Bethle legt dann gegen das Kabinett Zeigner los, der ein Patholog sei. Dann erklärt er, die Linken handeln gegen den Parteivorstand und die Gesamtpartei. Dann lobt er noch besonders den Finanzminister, der in Sachen die Staatswirtschaft sozialistisch aufbaue.

Für die „Linken“ spricht hierauf Lipinski. Auch die Linken seien für den Staatsgedanken. Also für die Republik. Das haben sie in der Regierung auch bewiesen. Lipinski jammert dann darüber, daß der Parteivorstand die Einigungsverhandlungen geführt habe. Die jetzige Koalition habe die Gemeindeordnung verschlechtert und die Beamten abgebaut.

Weiss gibt dann noch seine oben erwähnte Erklärung ab.

Die „Linken“ zur Wirtschafts-demokratie

Unmittelbar vor Beginn des Breslauer Gewerkschaftskongresses haben wir gezeigt, wie die rechtsstehenden Führer der Sozialdemokratie in Partei und Gewerkschaften unentwegt an der Arbeiterschaft mit den Klassenfeinden des Proletariats, den kapitalistischen Unternehmern, festhalten und diesem durch die Erfahrungen der letzten Jahre etwas rumpolierteren Ideal nur einen andern Namen gegeben haben. Der Titel „Wirtschaftsdemokratie“ soll es verschleiern, daß es sich immer noch um dieselbe Unterordnung der Arbeiterinteressen unter die Interessen des Kapitals handelt, welche die Kraft der Klasse vernichtet haben und Arbeitszeitverlängerungen, Lohnkürzungen und Antzeilerei zur Folge hatten.

Das galt von den rechten Führern der Sozialdemokratie. Wie aber steht es mit den Linken?

Eines der besten Organe, das von linken Sozialdemokraten herausgegeben wird, ist die „Betriebsrats-Zeitschrift“ für Funktionäre der Metallindustrie. Sie wurde gegründet, bald nachdem im Metallarbeiterverband die von Dikmann geleitete Opposition der damaligen Unabhängigen gestiftet und die Leitung übernommen hatte. Das Blatt ist recht gut redigiert in dem Sinne, daß es in jeder Nummer 7-8 Artikel über die verschiedensten wichtigen Angelegenheiten bringt, die den Leser vielfach über so ziemlich alle wichtigen Fragen des Wirtschaftslebens unterrichten. Und selten einmal besteht ein Artikel aus leeren Redensarten. In der Regel werden Tatsachen geboten. Kurz, man darf sagen, daß die „Linken“ hier ihr Bestes geben.

Wie ist es nun in diesem Blatt um die prinzipiell sozialistische Schulung bestellt? Dafür bietet die letzte Nummer 18 vom 29. August im Zusammenhang mit der Wirtschafts-demokratie ein Beispiel.

Der Wiener Viktor Stein schildert darin, an der Hand der österreichischen Erfahrungen, die Tragödie der kapitalistischen Sanierung Europas. Er behauptet, als der Krieg vorbei war, hätten die kapitalistischen Klassen plötzlich von den Proletariern, und zwar sehr dringend, den Wiederaufbau der Wirtschaft verlangt. Das sei aber nicht gegangen.

„Wozu es leugnen? Wir vermochten die Aufgabe nicht zu lösen.“

Das hätte daran gelegen, daß erstens die Arbeiterklasse das Wiederaufbauen der Wirtschaft nicht verstand, weil sie es nicht erlernt hätte, und daß zweitens der Kapitalismus noch nicht „reif zum Fall“ war. Daraus folgert Stein:

„Es wurde klar, daß es sozialistisch noch nicht geht.“

So mußten denn (vermutlich „schweren Herzens“ und gegen ihren Willen?) die Kapitalisten die Sache wieder in die Hand nehmen. Aber siehe da, es ging auch nicht! Der Erfolg dieser beiden Jahre ist für Stein die Erkenntnis:

„Sozialistisch ist es noch nicht gegangen, aber kapitalistisch geht es nicht mehr. Das ist die Tragödie der kapitalistischen Sanierung der europäischen Wirtschaft.“

Und was soll nun werden? Stein flammert sich an eine Ausrufung des vom Kaiserbund über Österreich geleiteten Sanierungsdiktators Zimmermann, die folgendermaßen lautet:

„Ich betrachte die Betriebe als die Mittelpunkte des ökonomischen Lebens. Beim heutigen Produktionsystem... stellen sie große Arbeitsgemeinschaften dar, die Quellen der materiellen Existenz von Unternehmern und Arbeitern; beide sind in vollkommen gleicher Weise an der Entwicklung der Betriebe interessiert.“

Die Selbsterklärung erweist Zimmermann aus „dem Kustchen neuer Vereinbarungen zwischen allen, die am Produktionsprozeß beteiligt sind.“

Triumphierend ruft Stein aus: Da könne man sehen, daß dieser Spezialfall für Sanierung keine Hoffnung auf die „Demokratisierung des Wirtschafts- und Produktionslebens“ sei. Das sei doch keine Wiederaufrichtung des Kapitalismus, wie er vor dem Kriege war! Es sei das Eingeständnis, daß der Kapitalismus sich zu einer Aufgabe „gedrängt“ habe, die „über seine Kräfte geht“, das Eingeständnis, daß die (die Kapitalisten) die Sanierung der europäischen Wirtschaft nicht herbeiführen können ohne die von uns vorgeschlagene Methode der internationalen Solidarität, der Demokratisierung der Wirtschaft.“

Das ist der Inhalt des Artikels. Das ist die sozialistische „Wendung“, die den Proletariern von den „linken“ Führern verdrückt wird. Sie unterscheidet sich von den Lehren eines Terzani, eines Zwang vielmehr in der Form, im Ton, aber nicht im Gehalt. „Wirtschaftsdemokratie“ hier wie dort.

Was soll man nun dazu sagen? Schon die historische Darstellung Steins ist ganz falsch, trügerisch und fies. Wer die deutlichen Lage des Kapitalismus

Gewerkschaftliche Einheit des gesamten Postpersonals

Berlin, 15. September. Am Sonntag fand eine gemeinsame Konferenz der Abteilung Post, Telegraphen- und Fernsprechanlagen des Deutschen Verkehrsverbundes und der Allgemeinen Postgewerkschaft statt, die zur Schaffung einer freigewerkschaftlichen Einheitsorganisation der Beamten, Arbeiter und Angestellten der Post führte.

Der Zusammenschluß der gesamten Postler ist ein bedeutender Schritt auf dem Wege zur Verstärkung der Klassenfront der Arbeitenden. Die Notwendigkeit der Durchführung gleicher Maßnahmen aller gemeinsam Organisierten auch in anderen Zweigen ist bringendes Gebot.

Der Parteitag der KPD.

Wien, 14. September. (Eigener Drahtbericht.) Am Freitag früh wurde der 8. Parteitag der Kommunistischen Partei Österreichs eröffnet. Er wird im wahren Sinne des Wortes ein Parteitag der Konsolidierung sein. In der Diskussion kam das Bestreben zum Ausdruck, endlich mit den Nationalitäten Sätze zu machen. Vor dem Parteitag hatte sich die Gruppe Wien mit der Mehrheit des Parteivorstandes geeinigt. Die Einheit ist gesichert. Jedoch verbanden sich nachträglich Frey und Thoma, die sich immer scharf bekämpft hatten, um von neuem Uneinigkeit in die Partei zu bringen. Die Arbeiter in den Bezirken und die Mehrheit der Delegierten sprachen sich gegen diese neuen Verläufe aus. Frey, Thoma und Komitshon, die bei den Abstimmungen nur 6 Stimmen erhielten, erklärten darauf, daß sie auf eine Kandidatur für den Parteivorstand verzichten. Die Mehrheit der Delegierten sprach sich dafür aus, daß diese Genossen unter der Kontrolle der Gesamtpartei arbeiten sollen, um sich das Vertrauen der Arbeiterschaft wieder zu gewinnen. Die politische Diskussion wird sich auswirken in der praktischen Arbeit. Die Mehrheit der Delegierten, sowie ein Vertreter des ÖKAP und der Vertreter der deutschen KP sprachen sich gegen die Verleumdung des Anschlusses Österreichs an Deutschland, aber eine andere Föderation aus. Es scheint, daß der Parteitag die in den Tischen ausgesprochene Anschlußparole revidieren wird. Die politische Diskussion geht weiter.

Neuer Aufstand der chinesischen Bergarbeiter

Peking, 14. September. (Eigener Drahtbericht.) Nach einer Mitteilung aus Peking brach in den grünen Gebirgen in China in der Umgebung von Szein, mit 6000 Bergarbeitern

beschäftigt sind, Streik aus. Die Bergwerke gehören einer englisch-japanischen Kompagnie an, deren jährlicher Reingewinn nicht weniger als 10 Millionen Dollar beträgt. Nach den Ereignissen in Shanghai begannen die Bergarbeiter, sich zu organisieren. Unter dem Druck der englischen Kapitalisten ließ Tchangschin die Führer der Gewerkschaften vor ein Kriegsgericht stellen. Darauf kehrten 10 000 Arbeiter die Arbeit ein. Sie fordern Vohnerhöhung, Anerkennung der Gewerkschaften und Abschaffung der Prügelstrafe. Die Streikbewegung ist im Wachstum begriffen. Tchangschin hat Militär in die Streikgebiete geschickt.

Die „Erolae“ der Chanier

Lesen vor dem Fall? Strenge Militärzensur

Die bürgerliche Presse, die die Meldungen über die Größe der spanischen Unterdrücker leicht schnell brachte, muß sich jetzt angeheißt der Tatsachen revidieren. Sie bringt folgende sehr bezeichnende Meldung:

Madrid, 14. September. Die Bedeutung der Landung der spanischen Truppen bei Cebedilla in der Bucht von Albuemas wird stark übertrieben. Die Landung hat sich keine Schwierigkeiten, da sich den Landungstruppen gar kein Feind entgegenstellte und die spanischen Truppen, ohne daran behindert zu werden, sich am Fuße des Rifgebirges sammeln konnten. Nur die Notwendigkeit, die etwas tiefer in die Ferge vorzubringen verfuhrte, wurde aus dem Hinterhalt beschossen und verlor etwa 30 Tote. Die Kriegsschiffe an der Küste und das Luftschiffwader belegen das ganze Rifufer mit Bomben. Auch die Rifhauptstadt Ajdib, die übrigens schon lange von Abd el Krim geräumt ist, wurde unter Feuer genommen. Es ist sicher, daß

Abd el Krim gar nicht daran denkt, den Kampf mit den Spaniern aufzunehmen, sondern sie zwingen will, ihn in das Innere des Bergmassivs zu folgen.

Dort und nicht im Schutze der Rifbatterien wird die Entscheidung fallen. Soweit es unter den herrschenden Zensurverhältnissen möglich ist, machen sich die Zeitungen über das Aufbegehren des Sieges von Albuemas lustig.

Erst ist die Lage bei Tetuan.

Dort loht bereits seit acht Tagen eine wirkliche Schlacht auf den nur 4 Kilometer von der Stadt entfernten Höhen von Beni-Hosmar. Der Kommandant Oberst Frances ist gefallen. Die Gesamtergebnisse der Spanier lassen sehr bedeutend sein und nur Menschen an Tapferkeit ist es zu bezeichnen, wenn Tetuan noch nicht in die Hände Abd el Krim gefallen ist. Madrid ist voll von heruntergehenden Gerüchten. Die überaus strenge Militärzensur tut nichts, um den Volksglauben zu verhindern.